

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Zustandshalt: Nachrichten Dresden  
Bismarck-Commissionsnummer: 23241  
Aus für Reichsdruckerei Nr. 20611  
Schreibleitung u. Komposition: Walter  
Dresden u. L., Marienstraße 28/29

Bezugspreis für den Abonnenten monatlich 3.00 Mk. (einschließlich 10 Pfg. für Transport), durch Postweg 3.30 Mk. einschließlich 10 Pfg. Postgebühr (ohne Postzusatzgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Erscheinen. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 10 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 20 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 50 Pfg., außerhalb 20 Pfg. abh. Anzeigenpreis für 10 Zeilen. Sonntagsausgaben und Stellenanzeigen ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offiziellgesetzliche 20 Pfg. Nichtamtliche Anzeigen gegen Barzahlung.

Dresdner Nachrichten & Reichsdruckerei  
Bismarck-Commissionsnummer: 23241  
Aus für Reichsdruckerei Nr. 20611  
Schreibleitung u. Komposition: Walter  
Dresden u. L., Marienstraße 28/29

## Neuer Konflikt mit dem Polizeiausschuß

### Dr. Bracht erteilt keine Aussagegenehmigung

Berlin, 28. Sept. Der Polizeiausschuss des Preussischen Landtags erörterte am Mittwoch die nächste Durchsuchung in den kommunistischen Räumen im Reichstag, die die Berliner Polizei in der Nacht nach der Reichstagsauflösung durchführte. Ehe die Beratungen begannen, gab Ministerialrat Schüge vom preussischen Innenministerium

#### eine Erklärung des Reichskommissars

bekannt. Darin heißt es, daß der Reichskommissar nach den Erfahrungen, die er gelegentlich der Nachprüfung der Stageraffäre gemacht habe, die erste Besorgnis habe, daß durch Verhaftung von Polizeibeamten über die nächtliche Durchsuchung im Reichstag die Reichsbürger verächtlich und bloßgestellt werden könnten, nach denen die Polizei staatsfeindliche Bewegungen unterdrücke.

Der Reichskommissar sehe sich daher nicht in der Lage, Aussagegenehmigung für die Polizeibeamten zu erteilen, die der Ausschuss in dieser Sache vornehmen wollte.

Die Erklärung schließt dann den Tatsachenverlauf der Durchsuchungsaktion in der durch amtliches Kommuniqué schon damals bekanntgegebenen Weise. Danach habe die Polizei von vertrauenswürdigem Seite die Mitteilung erhalten, daß Kommunisten im Reichstag ein Sprengstoffattentat vorbereitet hätten. (Namen bei den Namen.) Da es nicht gelang, sich mit dem Reichstagspräsidenten in Verbindung zu setzen, und weil Gefahr im Verzuge war, habe die Polizei ohne weiteres die Durchsuchung im Reichstag vorgenommen. Die Erklärung des Reichskommissars schließt mit der Feststellung, daß jedoch in Zukunft die Bestimmungen bezüglich der Durchsuchung im Reichstag innerlich des Parlamentsgebäudes polizeiliche Aktionen nur mit Erlaubnis des Parlamentspräsidenten durchgeführt werden könnten.

Vorl. Schwenk (A.) erklärte, daß die Mitteilung des Reichskommissars in Widerspruch stehe zur gestrigen Erklärung, wonach der Reichskommissar nicht daran denke, die politische Arbeit des Ausschusses zu stören. Gerade im Falle der Aktion im Reichstag handele es sich um eine absolut politische Angelegenheit. Man habe ja auch nur leitende Beamte vernehmen wollen. Der Ausschuss könne dem Reichskommissar nicht die Kompetenz ausstrecken, das Fragerecht des Ausschusses von vornherein zu begrenzen. Der Ausschuss könne sich mit der Haltung des Reichskommissars unter seinen Umständen einverstanden erklären.

Der Ausschuss stimmte dem Vorschlag des Vorsitzenden zu, zunächst den Berichterstatter über die Durchsuchungsaussagen zu hören, um dann die neue Erklärung des Reichskommissars zu besprechen.

Der Berichterstatter Abg. Müller (Soz.) gab aus dem Munde des Berichterstatters folgende Erklärung bekannt. Danach hat der Direktor vergeblich versucht, die Polizei davon abzuhalten, Durchsuchungen im Reichstage ohne Erlaubnis des Reichstagspräsidenten vorzunehmen. Am folgenden Morgen sei ein Polizeioffizier mit 25 uniformierten Beamten erschienen und habe Einzug in den Reichstag genommen, mit der Erklärung, die Beamten seien zum Schutz der nationalsozialistischen Fraktion bestimmt. (Heiterkeit.) Der Berichterstatter betont dann, es ergebe sich aus einem Aktenstück des Innenministeriums, daß der Sachbearbeiter, Oberstaatsanwalt Diehl, mit dem Vorgehen der Polizei nicht einverstanden sei und gebeten habe, dem maßgebenden Beamten im Polizeipräsidium zu erklären, daß er künftighin gefehliche und verfassungsmäßige Schranken beobachten müßte. Daß ein offener Bruch der Abgeordnetenimmunität vorliege, sei bereits vom Untersuchungsausschuß des Reichstags festgestellt worden.

Abg. Freisler (Natso.) erklärte in der Aussageverweigerung eine Verfassungsverletzung. Abg. B. (DVP.) betonte, der Reichskommissar habe sich nun einmal diesem Landtag nicht verantwortlich, der ja auch gar nicht arbeitsfähig sei. Die Verfassungsbestimmungen verletzten werden oder nicht, sei für diesen Fall, wo es sich um die Staatssicherheit handle, gleichgültig.

Der Vertreter des Ministeriums des Innern hatte inzwischen den Ausschuss verlassen. Abg. Weiler (A.) empfahl, der Regierung nahezu legen, wieder einen Vertreter zu entsenden, da die Zeugenaussagen doch auch für sie von Interesse sein dürften. Der Vorsitzende Schwenk ließ daraufhin das Ministerium telephonisch verständigen.

Zu den Differenzen im Polizeiausschuss wird nun an zuständiger Stelle folgende Erklärung: In der Haltung des Reichskommissars liege durchaus kein Gegenstand zu der gestrigen Erklärung des Reichskommissars, daß er die politische Tätigkeit des Untersuchungsausschusses durchaus nicht verhindern wolle. Diese gestrige Erklärung des Reichskommissars bezog sich darauf, daß eventuell dann in einzelnen Fällen Aussagegenehmigung an leitende Polizeibeamte erteilt werde, wenn es sich um die Nachprüfung des Vergehens der Schutzpolizei usw. in einzelnen Fällen von Demonstrationen, politischen Zusammenkünften und Zwischenfällen ähnlicher Art handele. Die Durchsuchung in einzelnen Räumen vor dem Reichstag sei jedoch von der politischen Polizei vorgenommen worden auf Grund einer Anzeige, der die politische Polizei nachgehen mußte. Es sei selbstverständlich, daß

die ganze Arbeit der politischen Polizei konformisch werden würde, wenn einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß das Recht zustehen sollte, die Beamten der politischen Polizei über ihre Tätigkeit, die Quellen ihres Materials, die Gründe ihres Einschreitens usw. noch dazu vor aller Öffentlichkeit zu vernehmen. Man könne daher ohne weiteres erklären, daß es grundsätzlich nicht möglich sei, Beamten der politischen Polizei eine solche Aussagegenehmigung zu erteilen. Das Vorgehen der politischen Polizei im Reichstag und einzelne zu kritisierende Aktionen der übrigen Polizeizweige seien zwei ganz verschiedene Dinge.

### Reichskanzlerbesuch in München

Berlin, 28. Sept. Reichskanzler von Papen wird voraussichtlich am 11. Oktober in München eintreffen, um der bayerischen Staatsregierung einen offiziellen Regierungsbefehl zu machen. Am 12. Oktober wird der Reichskanzler vor dem Gremium des Industriellenverbandes in München die Auffassung der Reichsregierung zu den schwebenden Wirtschaftsfragen darlegen.

### Freiherr v. Lerzner kommt nach Dresden

Dresden, 28. Sept. Die Staatskanzlei meldet: Freiherr von Lerzner, den die Reichsregierung als ihren Bevollmächtigten für die Verbindung mit den süddeutschen Ländern und dem freikoniglichen Reich ernannt hat, wird im Laufe der nächsten Woche der sächsischen Regierung seinen Besuch abstatten. Wie wir weiter erfahren, ist auch ein Besuch des Reichskanzlers von Papen bei der sächsischen Regierung für die nächste Zeit in Aussicht genommen.

## Snowden, Samuel und Sinclair zurückgetreten

### Die englische Kabinettskrise

London, 28. Sept. Das Kabinett hat in seiner heutigen Sitzung, die bis gegen 1 Uhr dauerte, über die Frage beraten, ob eine Entscheidung des Parlaments über Ottawa vertagt werden könne. Das wurde als unmöglich betrachtet, woraus sich Snowden (Justizminister), Sir Herbert Samuel (Innenminister) und Sir A. Sinclair (Staatssekretär für Schottland) ihren Rücktritt erklärten.

Es wird erwartet, daß im Laufe des Tages die Unterstaatssekretäre, soweit sie der Samuel-Gruppe angehören, denselben Schritt ergreifen werden.

Macdonald hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, um die freiwerdenden Stellen im Kabinett sofort wieder auszufüllen.

Aus Regierungskreisen verlautet, daß Macdonald zwar den Charakter der Nationalregierung erhalten, sich aber bei der Neuorganisation der Posten nicht streng an die Parteiverhältnisse halten, sondern die Männer auszuwählen will, die für ihre Aufgabe am besten geeignet erscheinen. Die Vermutung, daß Sir John Simon einen anderen Posten erhalten und Lord Londonderry sein Nachfolger in Außenamt werden soll, erscheint nicht mehr in der Presse. Der konservative Lord Russell, der letzte Generalsekretär, wird als künftiger Innenminister erwähnt. Der Arbeiterpartei-Lord Allen of Hurstwood wird als Nachfolger von Lord Snowden angesehen.

Der Daily Mail zufolge hatte Macdonald während der vertraulichen Besprechungen mit seinen Ministerkollegen seinen Rücktritt angeboten, aber gerade auf Drängen der Konservativen wurde entschieden, daß Macdonald an der Spitze der nationalen Regierung verbleiben soll.

### Regierungskrise in Rumänien

Bukarest, 28. Sept. In der Kammer begannen am Dienstagmorgen Verhandlungen über das Agrar-Konvertierungsgesetz. Beide liberalen Parteien, die ursprünglich für das Gesetz waren, gaben schärfere Lehrende Erklärungen ab. Die Verhandlungen dauern an. Ihrem Ausgang wird mit großer Spannung entgegen gesehen, weil das Schicksal der Regierung von der Annahme des Entwurfs abhängt.

In Regierungskreisen herrscht über die Entwicklung der außenpolitischen Lage große Erregung und Verwirrung, da die Forderungen von Frankreich geäußert wurden, die Verhandlungen mit den Sowjets angesichts rascher Einigung in der besarabischen Frage strikt abzulehnen. Waiba versucht jedoch weiterhin, den französischen Wünschen nachzukommen.

Da Frankreich deutlich zu verstehen gegeben hat, daß es mit Rücksicht auf die Vorgehensweise in Deutschland möglichst mit Unstimmigkeiten abschließen wolle

und genau wie Polen auf Rumänien nicht länger warten werde. Damit ist die Gefahr völliger außenpolitischer Isolation Rumäniens in bedrohliche Nähe gerückt. Die Waiba um jeden Preis vermeiden will. Von 22.11.32.

### Orkan über Portoriko - Heber 200 Tote

Newport, 28. Sept. Ein überaus heftiger Orkan wüthete gestern über San Juan (Portoriko) und richtete schweren Schaden an. Allem Anschein nach ist diese Sturmkatastrophe noch bedeutend folgenschwerer als der letzte große Orkan vor vier Jahren. Sie hat mehr als 200 Tote und über 1000 Verletzte gefordert. Hunderte von Familien sind obdachlos. Die gesamte Ernte von Früchten und Lössen ist vernichtet. Unzählige Gebäude sind durch den Orkan zerstört worden. Die Verbindungen mit dem Inneren der Insel sind unterbrochen. Die Hauptstadt bietet den Anblick vollkommener Zerstörung. Die Stadt ist ohne Wasser, Licht und Fernsprechbetrieb.

### Feuerwehr gegen einen Hornissenstich

Hamburg, 28. Sept. Am Dienstag hatte die Altonaer Feuerwehr einen nicht alltäglichen schweren Kampf zu bestehen. Im Jenischpark hatte sich ein größerer Hornissenstich in einem hohen Baum eingestellt. Nachdem mehrere Einwohner durch Stiche lebensgefährlich verletzt worden waren, wurde die Feuerwehr alarmiert, die das Nest erst nach vierstündigem Kampf vernichten konnte. Bekanntlich genügen drei bis vier Hornissenstiche, um einen Menschen zu töten. Ein Hund, der dem Baume zu nahe gekommen war, wurde durch einen Stich bereits tödlich getötet. Eine Frau, die kurz darauf gestochen wurde, zeigte gleichfalls schwere Räumungserscheinungen. Die Feuerwehr aing mit Feuerschlauchzangen und Rauchhelmen bewehrt gegen das in vier Meter Höhe befindliche Nest vor. Auf einer hohen Stange wurde ein Treibmittel befestigt, der mit Benzol getränkt war. Als man mit der Brandfackel in die unmittelbare Nähe des Nestes kam, führten die Hornissen in großen Schwärmen in die Flamme, um gleich darauf tödlich verloscht zur Erde zu fallen.

### Japan droht mit der Besetzung

Tientsin und Pekings

Tokio, 28. Sept. In einer Unterredung mit Pressevertretern erklärte der Kriegsminister Araki, Japan werde, wenn der chinesische General Tschangkuellang in die Mandchurei eindringe, allenfalls Peking und Tientsin besetzen. Nur so könne die außerordentliche Tätigkeit Tschangkuellangs gegenüber der neuen mandchurischen Regierung unterdrückt werden. Ein erneutes militärisches Vorgehen Japans in Schanahai werde davon abhängen, wie China sich zu dem Waffenstillstandsabkommen verhalte. Weiter betonte Araki, Japan werde jeden Vorschlag des Völkerbundes abgelehnen, der die Unabhängigkeit der Mandchurei mißachtet.

Wie die chinesische Presse meldet, haben sich in der Mandchurei nördlich von Mukden erneut blutige Kämpfe der chinesischen Freischärler mit den Japanern abgespielt. Von den Freischärlern, die in Stärke von 9000 Mann anrückten, ist die Stadt Tsaku, etwa 50 Meilen nördlich von Mukden, besetzt worden. Es entwickelte sich eine heftige Schlacht, in der 100 Japaner getötet sein sollen. Die Tätigkeit der Freischärler hat sich auch im Gebiet von Tschangku verhärtet. Weiterhin ist die Station Tschikhar von den Freischärlern unter Feuer genommen worden. Ein japanischer Panzerzug mußte eingeleitet werden. Derselbe von Tschikhar wurde die Eisenbahnlinie zerstört.

### Veröffentlichung der Agrarverordnung am Donnerstag

Berlin, 28. Sept. Die Agrarverordnungen, Zins- und Vergleichenverordnung werden in dem am Donnerstag erscheinenden Reichsgesetzblatt veröffentlicht. Die Bekanntgabe der umfangreichen Verordnungen ist demnach für heute nicht mehr zu erwarten.

Die deutsche Kontingentsabordnung reist am Donnerstag von Berlin ab. Sie besucht zunächst die westlichen Länder in der Reihenfolge Brüssel, Haag, Paris; ab dann begibt sich die Abordnung voraussichtlich nach Rom, um sich von da aus nach Kopenhagen zu begeben.

Gronau in Manila. Der Dornier-Wolfgang von Gronau ist am Dienstag nach Ostindien im Flug in Manila (Luzon) gelandet und hat damit das gefährliche Taijwangebiet des japanischen Reiches überwunden.